

SCHWEINFURT (Mainpost 19. April 2009)
Die Armut ist in Schweinfurt angekommen

Die Linke hatte eingeladen und die Wohlfahrtsverbände kamen

Das Ergebnis überrascht nicht. Allein können die lokalen Akteure aus dem sozialen Bereich an der Armut in Schweinfurt wenig ändern, die Auswirkungen nur lindern, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die „Armut in Schweinfurt“ hat sich die Stadtratsfraktion Die Linke zum Thema für 2009 ausgeguckt. Den Auftakt bildete am Samstag ein Treffen im Gewerkschaftshaus, zu dem grundsätzlich alle Interessierten, besonders jedoch Organisationen und Verbände aus dem sozialen Bereich eingeladen waren. Nicht alle, aber doch recht viele kamen, darunter: VdK, Kolping, Caritas, Schweinfurter Tafel, die Arbeitsloseninitiative Sali, das katholische Dekanat, die Gewerkschaften, der Behinderten- und der Ausländerbeirat.

Was ist Armut, mit dieser Frage beschäftigten sich der katholische Betriebsseelsorger Peter Hartlaub und Gaby Gottwald von der Linksfraktion im Bundestag, die in Berlin den Arbeitskreis Gesundheit und Soziales der Partei koordiniert. Allein mit nüchternen Zahlen, etwa mit dem Mindestauskommen im Monat, sei Armut nicht zu fassen, meinten die Referenten. Die Armut in Deutschland sei auch keine lebensbedrohliche, sondern der Auslöser, dass Personen nicht im vollen Umfang am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könnten. Führe die Armut zu Abstrichen bei der Bildung, dann sei ein bedenklicher Zustand erreicht.

Laut Hartlaub belegten die Reallohnverluste in den vergangenen zehn Jahren den Anstieg der Armut auch in Schweinfurt, eine Stadt in der 1700 Kinder an oder unter der Armutsgrenze leben würden. Durch die weltweite Wirtschaftskrise werde die Armut überall weiter wachsen, sagte Hartlaub voraus.
Die Folgen eines Streichkonzertes

Als Gründe machte Gaby Gottwald eine verfehlte Wirtschaftspolitik aus. Insbesondere unter der Regierung von Kanzler Schröder seien die Weichen falsch gestellt worden. Sie prangerte ein Umverteilen von unten nach oben, etwa durch die Hartz IV und eine verfehlte Steuerpolitik, an. Das Streichen an den Arbeitskosten räche sich jetzt durch die verhaltene Inlandsnachfrage. Verschärft werde diese Situation durch das Streichkonzert im sozialen Bereich. Die Entlastungen der Arbeitgeber müssten die Arbeitnehmer durch private Vorsorge ausgleichen.

Stadtrat Sinan Öztürk berichtete von einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit bei den Hartz IV-Empfängern in Schweinfurt. Die Armut habe die Stadt nicht im Griff, sie werde in der Stadt weiter steigen. Doch die Verantwortlichen würden oder wollten diese Entwicklung nicht sehen, würden die Armut nicht diskutieren.

In der sich anschließenden zweistündigen Diskussion gab es viele Anregungen wie etwa die Schaffung weiterer Ganztagschulen oder die Gründung einer überparteilichen Initiative, die das Thema beleuchtet, Lösungen entwickelt und damit die politischen Gremien beschäftigt. Die Linke will sich nun um eine solche Initiative bemühen und dabei die Parteipolitik heraushalten. Anvisiert ist beispielsweise ein Sozialpass. Dabei soll es keinen Alleingang der Stadt, sondern

zumindest einen Sozialpass für Stadt und Landkreis, besser noch einen für die gesamte Region geben. Dazu Klaus Wanka von der schweinfurter Tafel: „Wir brauchen eine Kultur der Solidarität in der Region.“ Ein zweites Ergebnis der Konferenz ist die Forderung nach einem jährlichen Sozialbericht im Rathaus. Dieser sei dem Stadtrat zur Diskussion vorzulegen.

Brief an die Oberbürgermeisterin

Ganz konkret ging es am Samstag um einen Brief des Katholischen Stadtdekanates an die Oberbürgermeisterin. Dekan Fries geht auf die Schwierigkeiten ein, die hohe Nachzahlungen bei den Energiekosten den sozial Benachteiligten bescheren würden. Schon mehrfach hätten die Stadtwerke bei Zahlungsunfähigkeit Strom und Gas abgedreht. Die bisherige Praxis, schon nach zwei Wochen eine Mahngebühr zu erheben und das ausstehende Geld in maximal vier Raten einzutreiben, überfordere die Betroffenen. Dass Stadtparreien die Kosten übernehmen, könne auf Dauer keine Lösung sein, heißt es weiter.

Die Stadträte der Linken wollen nun Druck auf die Stabsstelle Beschäftigung und Grundsicherung der Stadt ausüben. Diese müsse die Nachzahlungen begleichen, denn Energie zähle zur Grundversorgung. Außerdem müsse das bisherige Vorgehen im Aufsichtsrat der Stadtwerke diskutiert werden.